

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Aydan Özoğuz,
Daniela Kolbe (Leipzig), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5517 –**

Einrichtung eines Zentrums für Alevitische Studien fördern

A. Problem

Nach Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge leben in Deutschland zwischen 480 000 und 552 000 Menschen mit alevitischer Glaubensrichtung. Die alevitische Gemeinde ist eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Deutschland. Der Wissenschaftsrat hat am 29. Januar 2010 mit seinen „Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ empfohlen, die Etablierung von Islamischen Studien an den Hochschulen zu beginnen. Die Bundesregierung hat die Vorschläge aufgenommen. Die wissenschaftliche Ausbildung von Religionsgelehrten nach alevitischer Glaubensrichtung ist bisher nicht vorgesehen.

B. Lösung

Es soll ein Zentrum für alevitische Studien an einer deutschen Universität eingerichtet und vom Bund gefördert werden. Für das gegenseitige Verständnis ist ein wissenschaftlicher Dialog innerhalb und mit den Aleviten ein wichtiger Beitrag. Die Auswahl eines Zentrums für alevitische Studien an einer deutschen Universität soll durch einen Wettbewerb geschehen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5517 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichterstatter

Swen Schulz (Spandau)
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg (Hamburg), Swen Schulz (Spandau), Patrick Meinhardt, Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5517** in seiner 120. Sitzung am 7. Juli 2011 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD begrüßt zunächst, dass die Bundesregierung die „Empfehlung zur Weiterentwicklung von Theologien und religionsbezogenen Wissenschaften an deutschen Hochschulen“ des Wissenschaftsrates vom 20. Januar 2010 aufgenommen und beschlossen habe, Zentren für Islam-Studien zu fördern.

In Berlin, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern werde alevitischer Religionsunterricht an zahlreichen Schulen angeboten. Eine wissenschaftliche Ausbildung von Religionslehrern nach alevitischer Glaubensrichtung sei aber bisher noch nicht vorgesehen, obwohl nach Schätzungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Deutschland zwischen 480 000 und 552 000 Menschen mit alevitischer Glaubensrichtung leben. Die Etablierung einer Ausbildung alevitischer Religionsgelehrter und Pädagogen an Hochschulen in Deutschland sei insbesondere deswegen sinnvoll, da die alevitische Gemeinde eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Deutschland ist. Ein wissenschaftlicher Dialog könne insbesondere durch ein vom Bund gefördertes Zentrum alevitischer Studien an einer deutschen Universität erreicht werden.

Die Bundesregierung soll dazu aufgefordert werden,

- die Einrichtung eines Zentrums für alevitische Studien an einer deutschen Universität auf der Basis eines Wettbewerbs zu fördern;
- den Deutschen Bundestag für die erforderlichen Maßnahmen und ergriffenen Maßnahmen zur Förderung Bericht zu erstatten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss**, der **Innenausschuss** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils in ihren Sitzungen am 8. Februar 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5517 abzulehnen.

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 29. September 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5517 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 ohne Debatte behandelt und empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5517 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Berlin, den 8. Februar 2012

Marcus Weinberg (Hamburg)
Berichtersteller

Swen Schulz (Spandau)
Berichtersteller

Patrick Meinhardt
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichtersterterin

Krista Sager
Berichtersterterin

